

Pressemitteilung

Berlin, am 7. Juli 2023

Sozialer Zusammenhalt statt Kahlschlagpolitik in Berlin

Vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen im Berliner Senat fordert ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden sowie dem Berliner Mieterverein in Berlin den Erhalt der sozialen Infrastruktur und eine Abkehr von Kürzungen im Haushalt.

Dazu Prof. Dr. Gabriele Schlimper, Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin:

„Die vom Senat geplanten Kürzungen bedrohen die Arbeit von sozialen Projekten und Beratungsstellen! Die Unterstützung von Menschen, die Hilfe benötigen, wird so gefährdet. Wir fordern: Die Finanzierung der sozialen Angebote muss umfassend gesichert werden! #berlinbleibtsozial

Das Statement haben neben dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Berlin, die AWO Landesverband Berlin, der Berliner Mieterverein, der Caritasverband für das Erzbistum Berlin, der DGB Berlin-Brandenburg, die Diakonie Berlin-Brandenburg-Schlesische Oberlausitz, der Humanistischen Verband Berlin-Brandenburg, der Landesjugendring Berlin, der SoVD, der VdK Berlin-Brandenburg, das Unionhilfswerk Berlin, ver.di Berlin und die Volkssolidarität Berlin unterzeichnet.

Darin heißt es u.a.

„Wenn die öffentlichen Haushalte so stark gekürzt werden sollen, dann bleibt vom sozialen Berlin nur noch ein Gerippe übrig. Weil bei staatlichen Pflichtaufgaben keine Kürzungen möglich sind, träfen die Einsparungen vor allem die sozialen Projekte und die Angebote für Kinder und Jugendliche, die aber wesentlich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Stadt sind. Damit werden die Folgekosten der Corona-Pandemie und des Krieges Russlands gegen die Ukraine auf die wirtschaftlich Schwachen abgewälzt, die in den letzten Jahren bereits viele Opfer gebracht haben. In einer Stadt wie Berlin, in der das Armutsrisiko auch wegen explodierender Mieten stetig steigt, werden Kürzungen in diesen Bereichen langfristig sehr teuer.“

Wir als Paritätischer Berlin blicken voller Sorge auf die Kostenentwicklung für die gemeinnützigen sozialen Träger. Eine entsprechende Refinanzierung von Tarifsteigerungen und allgemeinen Preissteigerungen muss im Haushalt 2024/25 sichergestellt werden. Sonst droht ein erheblicher Leistungsabbau sozialer Angebote für bedürftige Bürgerinnen und Bürger Berlins. Das wird der Paritätische Berlin und seine über 800 Mitgliedsorganisationen nicht hinnehmen.

Den gesamten Wortlaut des Statements des Bündnisses finden Sie im Anhang. Über eine Berücksichtigung in Ihren Veröffentlichungen würden wir uns freuen.

Pressekontakt:

Kathrin Zauter
Pressesprecherin
Tel.: 030 86 00 1 175 / mobil: 0172 292 45 94

zauter@paritaet-berlin.de